

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 3. Sitzung des Bezirksausschusses V - Siegen-West -

vom: **30.09.2021**

von: **17:00 Uhr**

bis: **18:00 Uhr**

Ort: **Rathaus Geisweid, Lindenplatz 7,
57078 Siegen, Großer Sitzungssaal**

Anwesend waren:

Vom Bezirksausschuss V - Siegen-West:

Stv Langer, Günther	- als Vorsitzender
AM Bingener, Robert	
Stv Grimm, Benjamin	
Stv Grisse, Robert	
AM Hecker, Markus	vertritt AM Bulkow, Rolf- Peter
Stv Jung, Angela	
AM Katz, Reinhilde	
AM Koch, Sonja Melanie	
Stv Könen, Wolfgang Max	
AM Pieck, Julia	
Stv Schneider, Silke	
AM Weth, Jannik	vertritt N.N.
AM Wüst, Eckard	

Beratende Mitglieder:

AM Kammann, Jacob
AM Plate, Helmut
AM Scherzberg, Nicole

Als Zuhörer:

AM Daub, Burkhard
AM Langer, Alicia

Von der Verwaltung:

Städt. BD Schreiber
Städt. OVR O. Schmidt
VA Daschke - bis 17.35 Uhr
VA Peter - bis 17.35 Uhr
VA Mockenhaupt - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

AM Bulkow, Rolf-Peter
AM Hillnhütter, Reinhard
Stv Schmidt (AfD), Sabrina
Stv Böcking, Verena
AM Garcia Lopez, José-Antonio
Stv Hähner, André
Stv Harnacke, Maik
Stv Zöller, Klaus

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Der Bezirksausschuss V – Siegen-West der Universitätsstadt Siegen stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um den nachgereichten Punkt

2.1 Problemstelle Daimlerstraße

- Anfrage der Volt- Fraktion

Vorlage Nr. AF 72/2021
Vorlage Nr. AF 72/2021 A

einstimmig zu.

Die Tagesordnung wird wie folgt erledigt:

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 27.05.2021

Es werden keine Hinweise zur Niederschrift gegeben.

3. BezA V 30.09.2021

2. Fragestunde

2.1 Problemstelle Daimlerstraße - Anfrage der Volt- Fraktion

Vorlage Nr. AF 72/2021

Vorlage Nr. AF 72/2021 A

Die Beantwortung der Anfrage wurde den Ausschussmitgliedern bereits vorab zur Verfügung gestellt.

Die Nachfrage von Herrn Kamann wird seitens Herrn O. Schmidt abschließend beantwortet.

⇒ *Der Bezirksausschuss V – Siegen-West- nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.*

3. BezA V 30.09.2021

3. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

3.1 Müllvermeidung Wellersberg Antrag der UWG-Fraktion

Vorlage Nr. AT 142/2021

Bei den entsprechenden Grundstücken sei die Stadt nicht federführend, da sich diese überwiegend in Privatbesitz befänden, so Herr O. Schmidt. Die Grünflächenabteilung lasse die Mülleimer leeren, die Eigentumsverhältnisse ließen ein Einschreiten der Stadt jedoch nicht zu.

Dass es sich nicht um öffentliche Flächen handele, sei nicht erkennbar gewesen, eine Abstimmung erübrige sich daher. Der an den Wegen vorhandene Müll sei ärgerlich und nicht gewollt. Wenn es sich um ein Naherholungsgebiet handele und die Wege stark genutzt würden, komme man nicht umhin, mehr Mülleimer aufzustellen, so Herr Langer.

Die Örtlichkeit befinde sich außerhalb des Stadtgebietes, wo die Zuständigkeit der städt. Stadtreinigung nicht gegeben sei. Bei den dort vorhandenen städt. Flurstücke handele es sich um sehr schmal geschnittene Streifen. Überwiegend befänden sich die Flurstücke in Privatbesitz, ggf. könne man die Eigentümer kontaktieren. Wo man etwas tun könne, werde dies über die Grünflächenabteilung durchgeführt, so Herr O.Schmidt.

Nach Information der Verwaltung und der Zusage, den Bereich vermehrt zu kontrollieren, wird der Antrag seitens der UWG- Fraktion zurückgezogen.

3. BezA V 30.09.2021

4. Schaffung einer barrierearmen Verbindung zwischen Backes und Turnhalle in Trupbach

Vorlage Nr. VL 463/2021

Frau Peter erläutert ausführlich die Verwaltungsvorlage und stellt die durch die Grünflächenabteilung erarbeitete Planung vor. Die in der Vorlage erwähnten Kosten seien noch einmal überarbeitet und nunmehr in Höhe von 92.900 € ermittelt worden. Ein Antrag für Fördermittel der Dorferneuerung sei gestellt worden. Bei einer möglichen 65%igen Förderung, laufe es auf einen Eigenanteil in Höhe von 32.500 € hinaus.

Herr Könen regt an zu prüfen, ob man die Steigung der Rampe wesentlich unter 10 % realisieren könne, in dem man die Rampe früher ansetze oder verlängere, damit Personen mit Rollstühlen die Rampe leichter nutzen könnten. Wenn dort gebaut werde, bitte er, das Laub der Bäume aus der Dachrinne der Turnhalle zu entfernen.

Man sei sehr froh über die Möglichkeit, dass die älteren Personen wieder an Veranstaltungen am Backes teilnehmen könnten, so Frau R. Katz. Schade sei es, dass die Seilbahn entfernt werden müsste, aber wenn es einen Ersatz für das Spielgerät gebe, sei man zufrieden.

Frau Scherzberg möchte wissen, ob ein Geländer entlang der Rampe vorgesehen sei.

Frau Peter wird die Prüfaufträge zu der Steigung der Rampe und des Geländers weitergeben. Was das Thema Laub angehe, werde die Grünflächenabteilung dafür sorgen, dass die Rampe vom Laub freigehalten werde.

Zur Barrierefreiheit der Rampe ergänzt Herr Daschke, es handele sich bereits um ein Bauwerk mit einer Länge von mehr als 20 m. Verringere man die Steigung noch, kämen noch einige Meter hinzu, so dass sich dann die Frage stelle, was vom Spielplatz noch übrig bleibe. Verschiedene Varianten seien überlegt worden, bis es zu dem jetzigen abgestimmten Plan gekommen sei, der nunmehr Grundlage des Förderantrages sei. Sei ein Geländer zur Absturzsicherung erforderlich, sei es auf jeden Fall vorgesehen.

Herr Langer regt an, aus Gründen der Gleichbehandlung von Vereinen, dem Heimatverein aufzutragen, das Laub zu entfernen. Bisher gebe es die Aussage der Stadt, dass wenn der Heimatverein baue oder sich am Bau beteilige, der Verein es selber in Ordnung halte.

Für den Heimatverein verweist Herr Hecker darauf, dass dies der Fall sei.

Nachtrag der Verwaltung:

Im Rahmen der Sitzung des Bezirksausschusses West am 30.09.2021 wurde die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob die Ausführung der geplanten Rampe (barrierearm) nicht doch barrierefrei erfolgen kann. Nach Rücksprache mit der Fachabteilung 4/6 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung: Eine barrierefreie Planung der Rampe wurde geprüft und aus folgenden Gründen nicht weiter verfolgt: Die derzeit geplante Rampe mit einer Steigung von 10 % ist bereits 25 m lang. Würde man die Rampe barrierefrei, also mit einer Steigung von maximal 6 % planen, müsste sie auf mindestens 41 m verlängert werden. Um sie als barrierefrei bezeichnen zu dürfen, müssten dann noch mindestens alle

10 m ein 1,5 m breites Podest in Waage erstellt werden, so dass sich die Rampe nochmals verlängern würde.

Diese Verlängerung kann nicht in Richtung Turnhalle erfolgen, da dort der Hang in Richtung Backes zu steil abfällt und nicht entsprechend abgefangen werden kann. In Richtung Spielplatz wird eine Verlängerung auch nicht als sinnvoll angesehen, weil man dort nach dem Weg, der von oben zum Spielplatz führt in Richtung Kindergarten auch wieder auf einen Hang stößt. Zudem müssten bei einer solchen Planung zusätzliche Spielgeräte auf dem Spielplatz abgebaut werden, wie z.B. die Rutsche. Eine Verlängerung der Rampe hätte außerdem zur Folge, dass die Kosten nochmals deutlich steigen. Geländer sind in der Planung berücksichtigt.

Herr Daschke informiert die Ausschussmitglieder über folgende weitere Projekte für die Ortsteile Trupbach/ Seelbach:

- Umgestaltung der Ortsmitte Trupbach

Es sei geplant, in Kürze einen Antrag auf Fördermittel der Heimatförderung zu stellen. Man wolle eine Heimatwerkstatt durchführen, möglicherweise mit externer Unterstützung, wenn Fördermittel bewilligt würden. Es sei vorgesehen, die Projekte zusammenzuführen und Gestaltungsideen zu sammeln. In einem weiteren Schritt sehe man, wann und mit welchen Fördermitteln man es umsetzen könne.

- Bürgerhaus Seelbach

Hier seien die Maßnahmen der Dach-, Fassaden- und Fenstersanierung weitgehend abgeschlossen. Letzte noch durchzuführende Maßnahme sei der Abbruch und Neubau einer Außentreppe im hinteren Bereich. Der Abbruch solle bis zum Jahresende noch erfolgen, für den Neubau wolle man dies ebenfalls versuchen.

In der Folge schließe sich die Innensanierung an. Das Nutzungskonzept sei erarbeitet worden. Darauf aufbauend sei das Sanierungskonzept erarbeitet und vorgestellt worden. Die kalkulierten Kosten belaufen sich auf ca. 600.000 € inklusive eines Anbaus im hinteren Bereich. Das OG solle erstmals nutzbar gemacht werden. Hier gebe es noch den Prüfungsauftrag an die Verwaltung, ob auch das OG barrierefrei hergestellt werden könne. Die Verwaltung schlage vor, das OG nicht barrierefrei umzubauen, da man zum Erreichen der zwei Büros einen Aufzug einbauen sowie eine zweite Außentreppe als zweiten Rettungsweg erstellen müsse, was erhebliche Kosten verursache. Es sei geplant, dass die künftigen Nutzer der Büros bei Bedarf die unteren Räumlichkeiten nutzen könnten. Mit der Behindertenbeauftragten sei diese Lösung diskutiert worden, diese trage die Entscheidung mit. Stattdessen wolle man prüfen, inwieweit man die Räumlichkeiten im EG für Veranstaltungen noch zusätzlich ertüchtigen könne, wie z. B. durch eine mobile Anlage für Hörgeschädigte.

Die Innensanierung solle über das Heimatzeugnis, ein spezielles Förderprogramm der Heimatförderung, angegangen werden. Hierbei gehe es um eine 80 %ige Förderquote. Der Antrag auf das Heimatzeugnis solle in Kürze auf Basis der Kalkulation der Hochbauverwaltung gestellt werden. Man gehe davon aus, in ein bis zwei Monaten eine Entscheidung über eine Förderung zu erhalten, um dann die Planung weiter fortzusetzen. Die Planung sei dann für 2022, die Ausführung ab 2023 vorgesehen.

Frau R. Katz fragt, ob nach dem Anbau noch die Möglichkeit besteht, um das Gebäude herum fahren zu können. Dies sollte man sich vor Ort ansehen.

Herr Daschke entgegnet, das Konzept sei unter Beteiligung des Heimatvereins erarbeitet worden. Der Anbau sei für die Nutzung als sehr wichtig angesehen worden. In einem weiteren Schritt solle auch das Außengelände saniert werden. Hier sei ein weiteres Beteiligungsverfahren vorgesehen.

Bei einer vorgestellten Planung seien vor dem Gebäude keine Parkflächen vorgesehen gewesen. In dem Fall müsse man auch nicht das Gebäude umfahren, so Frau S. Schneider. Erfolge eine Gestaltung in der Form, dass die Aufenthaltsqualität erhöht werde, seien dort keine Autos mehr vorhanden.

Herr Plate hält den Wegfall der Parkflächen vor dem Gebäude für wirklichkeitsfremd.

Eine solche Diskussion über das Wegfallen der Parkplätze habe man in Achenbach beim Heimathaus ebenfalls geführt. Aus Erfahrung müsse er sagen, dass es funktioniere, so Herr Langer.

Sie halte es für einen großen Gewinn für das Haus, wenn der vordere Teil anders dargestellt werde als nur eine asphaltierte Fläche, so Frau Jung.

Die meisten Einnahmen seien durch Hochzeiten erreicht worden, so Frau Pieck. Hierfür müssten Stellplätze vorhanden sein. Wenn die Gäste ihre Fahrzeuge nicht abstellen könnten, halte sie dies für schwierig.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss der Universitätsstadt Siegen

1. beschließt den Bau einer Rampe und die Ertüchtigung des anschließenden Weges sowie die damit verbundene Umgestaltung des Spielplatzes „Kleeweg“ zur Herstellung einer barrierearmen Verbindung zwischen Backes und Turnhalle in Trupbach,
2. beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung des Projektes,
3. beauftragt die Verwaltung mit der Beantragung von Fördermitteln aus dem Dorferneuerungsprogramm des Landes NRW.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

3. BezA V 30.09.2021

5. Verkehrssituation Fortunastraße - Sachstand

Ein Kind sei angefahren worden, die Situation müsse angesprochen werden, so Herr Langer. Autos parkten auf dem Gehweg, so dass die Kinder die Fahrbahn nutzen müssten. Es bestehe Handlungsbedarf.

Die Verwaltung habe sich bereits seit Jahren mit der Fortunastraße beschäftigt. Mehrfach habe sich der Arbeitskreis des Verkehrsausschusses mit der Thematik befasst. Zuletzt habe die Verwaltung den Auftrag zur Feststellung der Eigentumsverhältnisse erhalten. Am 27.05.2021 seien dem Bezirksausschuss die Unterlagen zur Verfügung gestellt worden. Der Niederschrift sei ein weitergehender Auftrag an die Verwaltung nicht zu entnehmen gewesen, so Frau Schreiber.

Herr Langer schlägt einen verkehrsberuhigten Bereich vor, damit die Straße so langsam befahren wird, dass den Kindern keine Gefahr droht. Die Schulen hätten ebenfalls auf die Gefährdung der Kinder hingewiesen. Die Kinder müssten auf ihrem Schulweg die Fahrbahn nutzen. Die KEG, der 90 % der Immobilien gehörten, sei eine städt. Gesellschaft. Nehme in der Straße das Parken zu, müsse geklärt werden, ob auf den Grundstücken Parkflächen ausgewiesen werden könnten. Er bedauere, hier keine Lösung finden und die Parksituation entschärfen zu können. Ziel für alle müsse es sein, den Schulweg sicherer zu machen.

Seitens der Verwaltung sei der Verzicht auf die Parkflächen vorgeschlagen worden, dies sei jedoch politisch nicht gewollt gewesen, so Frau Schreiber. Werde der Verwaltung ein entsprechender Auftrag erteilt werde, werde dieser umgesetzt.

Frau Jung beantragt, dass die Verwaltung Gespräche mit der KEG führt und darum bittet, dass die freien Flächen als Parkflächen zur Verfügung gestellt werden. Dies könne man auch über die Fraktionen im Aufsichtsrat der KEG thematisieren.

In manchen Schulen seien gemeinsam mit der Polizei Markierungen in Form blauer Fußspuren auf dem Schulweg angebracht worden. Dies könne man auch in der Fortunastraße durchführen. Es gebe in Siegen leider auch noch eine Vielzahl anderer Straßen, die über keine Gehwege verfügen.

Herr Grimm ist vom Antrag von Frau Jung irritiert, Gespräche zu führen und darum zu bitten, freie Flächen zu versiegeln und als Parkflächen zur Verfügung zu stellen.

Auf Bitte von Herrn Grimm konkretisiert Frau Jung ihren Antrag und beantragt, die Verwaltung führt mit der KEG Gespräche über die Möglichkeiten, Autos auf den Grundstücken unterzubringen statt auf der Straße. Ein Bericht könnte in einer der nächsten Sitzungen des BezA V erfolgen.

Beschluss

⇒ *Der Bezirksausschuss V Siegen-West nimmt den Bericht über die Verkehrssituation Fortunastraße zur Kenntnis.*

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, mit der KEG Gespräche über die Möglichkeit, Autos auf den Grundstücken anstatt auf der Straße abzustellen, zu führen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

3. BezA V 30.09.2021

6. Neubau Brücke Hubacher Weg - Sachstand

Die Verwaltung beabsichtigt, nicht nur die Brücke zu erneuern, sondern im Zuge der Kanalerneuerung von ESi auch eine Gehwegführung zu bauen. Dafür sei Grunderwerb erforderlich, so Frau Schreiber. Der BezA V wird über die an die Verwaltung herangetragenen Konditionen eines möglichen Grunderwerbes und die Antwort der Verwaltung darauf informiert.

⇒ *Der Bezirksausschuss V Siegen-West nimmt den Sachstand der Verwaltung über den Neubau der Brücke Hubacher Weg zur Kenntnis.*

3. BezA V 30.09.2021

7. Mitteilungen

Die Mitteilungen der Verwaltung über weitere Projekte für die Ortsteile Trupbach/ Seelbach erfolgten im Rahmen des Tagesordnungspunkt 4.

Weitere Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

⇒ *Der Bezirksausschuss V Siegen-West nimmt die Mitteilungen der Verwaltung zur Kenntnis.*

3. BezA V 30.09.2021

gez.
Vorsitzender

gez.
Schriftführerin